

Kapitel 5

Gewerbe



Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich

Wohlstand kommt vom Markt, nicht vom Staat. Die SVP Zürich will mehr Markt, weniger Staat, weniger Steuern und Abgaben. Zürich ist das Kraftwerk der Schweiz. Kleinunternehmen und Gewerbe leisten dazu einen substanziellen Beitrag.

Im Grundsatz gilt: Die Stadt Zürich darf nicht strenger regulieren als der Kanton. Wo Alternativen bestehen, wird jene Form gewählt, die für Bürger und Gewerbe am günstigsten ist.

Zentral ist das Wettbewerbsprinzip: Jede staatliche Leistung, für die kein gesetzliches Monopol besteht, muss auch von Privaten angeboten werden können.

Fundament

Das ideologische Fundament der SVP-Gewerbepolitik ist das freiheitliche Gedankengut. Sie konzentriert sich auf urbane Märkte in Zürich. Das wissenschaftliche Fundament bildet die volkswirtschaftliche Wettbewerbstheorie.

Das juristische Fundament ist die Bundesverfassung. Die Verfassung garantiert Eigentum (Art. 26), Wirtschaftsfreiheit (Art. 27), Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 16) sowie Vertragsfreiheit und Handels- und Gewerbefreiheit. Zentral sind Eigentum und Freiheit.

Marktform

Die Stadt Zürich ist ein offener Markt. Unternehmer und KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) sind ihr Fundament. Die Leistung der Unternehmerinnen und Unternehmer wird geschätzt und respektiert.

Ein Fokus der SVP sind die «K» im «KMU». Mikrofirmen, Klein- und mittelgrosse Firmen schaffen zusammen rund 80 Prozent der Arbeitsplätze, der Löhne und des Beitrags an das Sozialprodukt. Kleinfirmen sind solche mit 1-10 Mitarbeitern, Mittlere sind jene darüber. Mikrofirmen sind solche mit 0-1 Angestellten. Wichtigste Unternehmensformen sind Aktiengesellschaft, GmbH und Einzelfirma.

Bedeutend sind auch Selbständige, eigentümerfinanzierte Kleinfirmen und Familienunternehmen.

Kernaufgaben des Staates sind Rechtssicherheit, Eigentumsgarantie und rasche Verfahren.

Forderungen der SVP

Der Kanon der Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich umfasst folgende Elemente:

Steuern, Gebühren, Abgaben

- Die staatliche Gesamtbelastung für KMU muss sinken
- Bei der Nachfolgeregelung müssen steuerliche Nachteile beseitigt werden
- Arbeiten muss sich lohnen: Wer mehr arbeitet, soll netto auch mehr verdienen
- Keine neuen Arten von Abgaben
- Keine Abgaben ohne direkte Substitution von Steuern
- Jede Abgabenerhöhung und jede neue Abgabe muss vors Volk.

Formulare

- Die Belastung mit Formularen und Vorschriften muss sinken
- Die administrative Belastung muss für Kleinstbetriebe (1-3 Mitarbeiter) und Mikrobetriebe (0-1 Mitarbeiter) radikal sinken.

Bewilligungen

- Die SVP fordert einen «Pragmatismusartikel» bei Bewilligungsverfahren: Pragmatismus geht vor Formalismus
- Kontrollen und Verfahren sind nur dort vollumfänglich anzuwenden, wo sich der Aufwand lohnt
- Bei sich konkurrenzierenden Auflagen oder Vorschriften kommt immer diejenige zum Tragen, die für den Bürger vorteilhafter ist
- Die zeitliche Dauer von Bewilligungsverfahren ist zu straffen
- Einsprachen dürfen nicht zur Verhinderung missbraucht werden.

Ausbildung

- Das Prinzip der beruflichen Ausbildung ist die Lehre. Sie bleibt bei den Berufsverbänden und wird im «Meisterprinzip» (dual) geführt
- Wichtig in der dualen Berufsbildung ist die Berufsschule
- Das gesellschaftliche Ansehen von Handwerk und gewerblichen Berufen gegenüber akademischen Berufen wird gestärkt
- Die SVP empfiehlt die «Lehrlingsteile» für Kleinfirmen weiter zu entwickeln
- Lehrlingsausbildung ist primär Sache der Berufsverbände.

Staatliche Konkurrenz

- Keine staatliche Konkurrenzierung des Gewerbes durch Sozialmassnahmen
- Keine städtischen Pseudo-Firmen, welche offiziell «sozial» tätig sind, tatsächlich aber mit Steuergeld Privatfirmen konkurrenzieren
- Der Staat übernimmt nur Tätigkeiten, die nicht von Privaten erledigt werden können
- Anstatt staatliche Teillohn-Stellen Ergänzungsleistungen in der Differenz zwischen Produktivität und Mindestlohn
- Neue Firmen werden vom Markt finanziert, nicht vom Staat.

Auftragsvergabe

- Die heutigen Vergaberichtlinien bevorzugen tendenziell die Billigsten. Bei Auftragsvergabe sollen wahre Transportkosten, Qualität und Lehrlingsausbildung vermehrt berücksichtigen werden
- Aus ökologischen Gründen sollen bei gleichwertigen Offerten lokale Firmen gewählt werden.

Raumplanung

- Dem Bedürfnis des Gewerbes nach geeigneten Räumlichkeiten ist Rechnung zu tragen
- Gewerbe und Fachgeschäfte sollen nicht durch subventionierte Wohnungen verdrängt werden
- Das Gewerbe darf nicht an den Stadtrand oder gar aus der Stadt gedrängt werden. Insbesondere das produzierende Kleingewerbe muss in Zürich seinen Platz haben.

Gastgewerbe:

- Das Gastgewerbe ist ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt Zürich. Die Vorschriftendichte nimmt laufend zu, insbesondere was Lärm, Rauchen, Hygiene und Bauen betrifft. Grundsätzlich darf die Regelungsdichte im Gastgewerbe nicht weiter zunehmen, wünschbar wäre eine Reduktion der Vorschriften
- Schikanöse und kleinkarierte Auflagen wie Palmenverbot, Verbot von Heizpilzen oder Markierungen am Boden sollen ersatzlos abgeschafft werden
- Die Stadt Zürich soll nur punktuell einige wenige Restaurants selber betreiben. Besitz und Betrieb eines Restaurants ist keine Kernaufgabe des Staates. Überzählige Restaurants und Gastbetriebe sollen verpachtet oder verkauft werden.

Sonntagsruhe

- Der Sonntag hat als kirchlicher und gesellschaftlicher Ruhetag eine hohe Bedeutung. Private und öffentliche Betriebe bleiben im Normalfall geschlossen. Ausnahmen sind möglich. Arbeiten der Stadtwerke im öffentlichen Raum erfolgen nur bei zwingenden Gründen
- Wichtig ist auch die Mittagsruhe gemäss Polizeiverordnung
- Wer sich an die Gesetze hält hat einen Anspruch drauf, vom Staat in Ruhe gelassen und nicht übermässig kontrolliert zu werden.